

(Eine gemeinsame Beratung der österreichischen und ungarischen Zentralpreisprüfungskommission.) Wie wir vernehmen, ist für die nächste Zeit eine Sitzung des allgemeinen Ausschusses der Zentralpreisprüfungskommission in Aussicht genommen, an welcher auch der Präsident Dr. Friedmann der ungarischen Landes-Zentralpreisprüfungsstelle und Mitglieder dieser Stelle teilnehmen werden, um ein einheitliches Zusammenwirken auf dem Gebiete der Preis-erstellung anzubahnen. In erster Linie wird es sich darum handeln, festzustellen, ob und für welche Produkte gleiche Preise in Oesterreich und Ungarn einvernehmlich zu bestimmen sind und ob nicht auch sonstige korrespondierende Maßnahmen getroffen werden können, um dem Kriegswucher zu begegnen. Der Präsident der Zentralpreisprüfungskommission Baron Fries hat dem Präsidium der ungarischen Landes-Preisprüfungsstelle bereits das einschlägige Material übermittelt. Im Falle eines positiven Ergebnisses der gemeinsamen Beratung würden die Anträge an die beiderseitigen Regierungen geleitet werden, welchen die Entscheidung vorbehalten ist. In ihrem Gutachten über die Bekämpfung des Kriegswuchers hat sich die Zentralpreisprüfungskommission über das Verhältnis zu Ungarn in folgendem Sinne ausgesprochen: „Solange keine Einigung mit Ungarn über die Preise erzielt und nicht gleichzeitige und miteinander korrespondierende Maßnahmen in beiden Reichshälften getroffen werden,

wird der Kriegswucher in den österreichischen Ländern trotz aller Gegenmittel von Ungarn her immer nur gespeist werden. Es wäre daher ein Einvernehmen mit Ungarn über die festzusetzenden Preise unter Berücksichtigung des notwendigen Preisabbaues herzustellen, und es müßte die gegenseitige Versorgung beider Reichshälften nur im Rahmen von Regierungsvereinbarungen erfolgen.“ — Mit der Bekämpfung des Kriegswuchers beschäftigte sich gestern auch eine im Amt für Volksernährung abgehaltene interministerielle Konferenz, welche den Ausbau der Kriegswucherbehörden und die Schaffung eines Reichswucheramtes in Oesterreich zum Gegenstande hatte. Ueber die Ausgestaltung des staatlichen Ueberwachungsdienstes wurde ein Einvernehmen erzielt.